

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 18.01.2011**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar

bis 17:30 Uhr

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Hartmut Meichsner

stellv. Vorsitzender

Herr Ralf Nettelstroth

Herr Holger Nolte

SPD

Frau Regina Klemme-

Linnenbrügger

Herr Marcus Lufen

Herr Hans-Werner Plaßmann

Frau Karin Schrader

bis 19:15 Uhr

Herr Ulrich Windhager

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn

Herr Priv.-Doz.

Vorsitzender

Dr. Jörg van Norden

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Frau Jasmin Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz

beratendes Mitglied gem. § bis 18:05 Uhr
58 Abs. 1 GO

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath

Seniorenrat

Herr Jürgen Heuer

Beirat für Behindertenfragen

Herr Cemil Yildirim

Integrationsrat

Verwaltung

Frau Anja Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz	
Herr Martin Wörmann	Umweltamt	
Frau Birgit Reher	Umweltamt	TOP 8
Herr Bernd Reidel	Umweltamt	
Herr Thomas Reimeier	Umweltamt	TOP 9
Frau Marion Hauptmeier-Knak	Umweltbetrieb	TOP 10
Herr Hans Martin	Amt für Verkehr	TOP 13

Schriftführung

Frau Katrin Köppe	Umweltamt	
-------------------	-----------	--

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung**

Der Vorsitzende Herr Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass zwei Anfragen der Ratsgruppe Bürgernähe nach dem Versand der Einladungen eingegangen seien. Die Anfragen, die noch fristgerecht zugesandt worden seien, wurden als Tischvorlagen verteilt.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften**Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 04.11.2010****Beschluss:**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 04.11.2010 (Nr. 8) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 23.11.2010**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 23.11.2010 (Nr. 9) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Sachstand Johannisberg**

Herr Dr. van Norden weist darauf hin, dass der Text der Mitteilung vor der Sitzung an die Mitglieder verteilt worden sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Text der Mitteilung ist als Anlage 1 Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Erweiterung Betriebsgelände Wahl & Co.**

Herr Dr. van Norden teilt mit, dass der Mitteilungstext an die Mitglieder des Ausschusses verteilt worden sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Mitteilungstext ist als Anlage 2 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Abfall und Wertstoffe**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1924/2009-2014

Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 08.01.2011:

Aufgrund der begrenzten Vorkommen und des rapiden Preisanstiegs von wirtschaftlich wichtigen Rohstoffen bitten wir um die Beantwortung der Frage:

1. *Wie hoch wird der Wert der wichtigen Rohstoffe wie Kupfer, Blei, Nickel, Zinn, recycelbaren Kunststoffen, etc. geschätzt, die in der Bielefelder Müllverbrennungsanlage unwiederbringlich vernichtet werden?*

Herr Wörmann verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, die den Anwesenden vorliegt. Mit ihr sei auch die Antwort der Müllverbrennungsanlage an die Mitglieder verteilt worden, da dort wissenswerte Aspekte genannt werden. Eine Müllsortieranalyse werde in 2011 aktuelle Aufschlüsse über die Zusammensetzung von Restmüll geben.

Herr Schmelz teilt mit, dass die Asche in einer Firma in Lünen aufbereitet werde. Die Höhe des Metallgehaltes lasse sich durch Studien des Bun-

des Umweltministeriums belegen. Er halte es für wichtig, den Anteil an Metallen durch Vorsortierung gering zu halten.

Auf die Frage von Herrn Meichsner, ob Metalle aussortiert würden, antwortet Herr Wörmann, dass dies, soweit durch Magnete erfassbar, geschehe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Antwort des Umweltamtes ist als Anlage 3 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Luftreinhalteplan

Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 08.01.2011:

Aufgrund der Überschreitung der Grenzwerte für NO_x bitten wir um die Beantwortung unserer Frage:

- 1. Wie sind der Stand der Luftreinhalteplanung und die Einrichtung einer Umweltzone für Bielefeld?*

Herr Wörmann teilt mit, dass die Bezirksregierung in Person von Herrn Dr. De Groot im Dezember 2010 die Verwaltung informiert habe. Es sei sein Ziel, den Luftreinhalteplan (offizielle Bezeichnung: Luftqualitätsplan) bis Ende 2011 aufzustellen. In Kürze werde er zu einem ersten Arbeitsgespräch eingeladen, bei dem das Landesumweltamt über die Ausgangsdaten, die Simulationsrechnungen und mögliche Maßnahmen referieren wird. Weitere Arbeitsgespräche werden folgen. Die Bezirksregierung werde die Öffentlichkeit auch über Zwischenschritte informieren.

Herr Schmelz äußert sich verwundert über den derzeitigen Sachstand, da er schon für die Vergangenheit mehr erwartet habe. Er wünscht, dass regelmäßig im AfUK über den Stand berichtet werde.

Herr Wörmann erläutert, dass die Federführung für die Aufstellung des Planes in Detmold liege. Die Städte Paderborn und Halle seien vorrangig gewesen. Man bewege sich innerhalb der gesetzlichen Fristen.

Herr Meichsner stellt die Notwendigkeit des Luftqualitätsplanes in Frage. Er verweist darauf, dass die Stadt und damit gleichzeitig das Land Hamburg bis heute keinen Luftreinhalteplan habe. In Bielefeld scheinen viele Probleme, die die Erstellung eines Planes notwendig machen, hausgemacht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

keine

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

keine

-.-.-

Zu Punkt 6 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

keine

-.-.-

Zu Punkt 7 **Zwischenbericht zum Handlungsprogramm Klimaschutz 2008 - 2020**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1892/2009-2014

Frau Ritschel erläutert, dass sich der Zwischenbericht auf den Zeitraum 2008 bis 2010 beziehe. Auch in der Zeit davor habe es viele Projekte, wie z. B. den eea[®] oder Ökoprofit, gegeben. Ab 2008 habe die Thematik durch das Handlungsprogramm Klimaschutz eine neue Dynamik erhalten. Mit Hilfe von Fördermitteln sei die Einstellung von zusätzlichem Personal möglich gewesen, so dass ein Klimateam gebildet werden konnte. Bielefeld sei jetzt in Sachen Klimaschutz sehr gut aufgestellt. Doch die Verwaltung könne die Erreichung der Klimaschutzziele nicht alleine bewerkstelligen.

Durch die Auszeichnung mit dem eea[®] Gold sei Bielefeld von externer Seite qualifiziert worden. Dadurch sei belegt, dass die Klimaschutzbemühungen greifen. Als eine besondere Schwachstelle würden städtische Verwaltungsgebäude genannt. Durch den Nothaushalt sei man hier jedoch erheblich eingeschränkt, obwohl man bedenken müsse, dass eine energetische Sanierung auch finanzielle Einsparungen zur Folge habe. Auch stehe dem ISB derzeit kein Geld für städtische Photovoltaikanlagen zur Verfügung.

Für das Jahr 2011 liege verwaltungsintern ein Schwerpunkt im Bereich Mobilität. Hier sei eine Kooperation mit dem Amt für Verkehr vorgesehen. Genaue Inhalte und Planungen sollen in der März-Sitzung vorgestellt werden.

Die CO₂-Bilanz bereite noch Probleme, da die bisherige Fortschreibung noch unvollständig sei. So seien hier z. B. die Themen Konsum und Verkehr noch nicht erfasst. Um einen Vergleich mit anderen Kommunen zu ermöglichen, soll die Erfassung vereinheitlicht werden. Entsprechende Daten würden nachgereicht.

Zum Thema Klimawandel gehören zukünftig auch Klimaanpassungsstrategien. Auch dieser Aspekt werde in diesem Jahr mit behandelt.

Herr Hahn begrüßt die Aktivitäten. Er hält den Klimaschutz für keine einfache Sache. Viele Akteure bedürften hier vieler Aktionen. Neben der Verwaltung sei auch hier die Beteiligung der Bevölkerung wichtig.

Herr Lufen hält es für wichtig, Kinder und Jugendliche einzubeziehen. Zum erstellten Solaratlas wünscht er, die Beratung, z. B. zu Fragen der Statik, zu verbessern. Auch die Dachneigung und –ausrichtung seien zu berücksichtigen. Er wünscht die Initiierung von Bürgersolaranlagen.

Herr Schmelz bezieht sich auf die Angabe im Zwischenbericht, dass auf Bielefelder Dächern rechnerisch über 80 % des privaten Strombedarfs erzeugt werden könnten und wünscht sich, dass diese Möglichkeit auch mehr genutzt wird.

Herr Wörmann teilt mit, dass Sinn und Zweck des Solaratlas sei, den Bürgern Informationen über das eigene Hausdach zu geben. Eine erste Beratung werde durch die städtische Bauberatung angeboten. Weitergehende Beratungs- und Planungsleistungen müssten von Fachfirmen übernommen werden.

Bürgersolaranlagen ins Leben zu rufen, sei aus unterschiedlichen Gründen nicht einfach. Mit der BGW habe es Kooperationsgespräche gegeben. Ein praxistaugliches Projekt sei derzeit nicht erkennbar.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Gold Auszeichnung European Energy Award

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1869/2009-2014

Frau Ritschel berichtet, dass die Stadt Bielefeld die Auszeichnung in der vergangenen Woche durch Landesumweltminister Remmel in Bottrop in Empfang genommen habe. Bielefeld sei bereits zum Start des eea[®] Pilotkommune gewesen. Seit dem habe es eine kontinuierliche Verbesserung in den geforderten Kriterien gegeben. Da es sich um ein fortlaufendes Zertifizierungsprogramm handele, gelte es nun, diese Auszeichnung auch weiterhin zu verteidigen.

Herr Hahn gratuliert zu der Auszeichnung. Er fragt, wie nach Einschätzung der Verwaltung der hohe Stand gehalten oder auch verbessert werden könne.

Herr Meichsner lobt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und auch Betrieben, die bereits 1988/89 begann. Er betont, dass die Politik – unabhängig von den jeweiligen Mehrheiten – stets dafür gesorgt habe, dass die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Herr Lufen hebt das Engagement der Stadtwerke Bielefeld hervor.

Herr Ritschel erläutert, dass das Umweltdezernat kein Alleinstellungsmerkmal habe. Es gebe viele Beteiligte. In der Koordinierungsgruppe seien verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung und die Stadtwerke vertreten.

Frau Reher teilt mit dass das eea[®] seit 2001 betrieben werde. Durch die Dokumentation würden Energieaktivitäten erfasst und bewertet.

Herr Schmelz äußert sich zum Energiekonzept der Stadtwerke Bielefeld. Der Ökostromanteil betrage nur 10 %, von denen ein Großteil aus der MVA komme. Er wünscht, dass die Stromerzeugung aus Müll ausgeweitet wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Kommunale Naturhaushaltswirtschaft 2010 **(Berichtszeitraum 2007- 2009)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1688/2009-2014

Herr Wörmann und Herr Reimeier berichten zur Vorlage.

Sie stellen einzelne der insgesamt 13 Indikatoren, anhand derer die Entwicklung der Umwelt in Bielefeld erfasst und transparent gemacht wird, vor.

Herr Reimeier erläutert zur Indikatorengruppe „Abfall“, dass die Abfallmenge im Bielefelder Stadtgebiet im Rahmen üblicher Schwankungen gleich bleibe. Zur Wertstoffquote, die eine leicht positive Entwicklung aufweise, kündigt er Auswirkungen durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Form von höheren Quoten an. Um diese zu erreichen, sei ein erweitertes Sammelsystem für Wertstoffe erforderlich. Das Angebot der Abfallberatung sei weiterhin wichtig. Da der Aspekt Vermeidung vor Verwertung stärker als bisher im Vordergrund stehe, sollten entsprechende Angebote, wie z.B. die Tausch- und Verschenkbörse, ausgeweitet und verbessert werden.

Zum Indikator (umweltverträgliche) „Mobilität“ stellt er die Fahrgastzahlen des Bielefelder ÖPNV vor. Als Ursachen für die stetige Erhöhung der Fahrgastzahlen nennt er die Einführung der Linie 4, an den Bedarf angepasste Linienführungen und Änderungen der Taktzeiten.

Des Weiteren stellt er den Indikator „Ökoprotit“ vor. In Bielefeld hätten sich bisher 70 Betriebe an diesem Projekt beteiligt. Durch die Betreuung der Betriebe über einen längeren Zeitraum und die Verankerung der einzelnen Maßnahmen im Tagesgeschäft habe ein großer Effekt erreicht werden können. Ein großer Anteil der Maßnahmen bestand in Investitionen in Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die – neben den ökologischen Einspareffekten - zur Senkung der Betriebskosten führten.

Herr Wörmann berichtet zur Indikatorengruppe „Boden- und Grundwasserschutz“. Anhand einer Grafik (S. S. 10 des Berichtes zur Kommunalen Naturhaushaltswirtschaft) erläutert er die Entwicklung der Zahlen bekannter Altstandorte im Stadtgebiet und die Bedeutung des Flächenrecyclings. Beim Indikator „Luftschadstoff Stickstoffdioxid“ sei es in 2009 zur Überschreitung des gesetzlichen Jahresgrenzwertes gekommen, so dass ein Luftqualitätsplans aufgestellt werden müsse. Beim Indikator „Luftschadstoff Feinstaub PM10“ lägen die Belastungen unter den geltenden Grenzwerten. Für 2010 sei erneut eine Grenzwertverletzung bei Stickstoffdioxid zu erwarten, bei Feinstaub dagegen nicht.

Zur Indikatorengruppe „Flächennutzung“ teilt er mit, dass der Waldanteil in Bielefeld für eine Großstadt gute 21 % ausmache. Im Vergleich hierzu betrage der Waldanteil in NRW derzeit 25 %. Der Anteil der landwirt-

schaftlich genutzten Fläche liege in Bielefeld bei 37 % und in NRW bei 52 %, was für die Bedeutung der Landwirtschaft in Bielefeld spreche. Der derzeitige Flächenverbrauch betrage in der Bundesrepublik ca. 100 ha pro Jahr. Ziel der Bundesregierung sei es, bis 2020 den Wert auf 30 ha zu begrenzen. Während dieses Ziel offensichtlich verfehlt werde, gebe es für Bielefeld gar keine Zielvorgaben. Statt der Karte über die Flächen mit Bedeutung für das Stadtklima, zeigt Herr Wörmann eine Darstellung über die Temperaturdifferenzen zwischen Innenstadt und Umland. Dies sei wichtig für Klimaanpassungsstrategien. Hieran werde aktuell auch mit Bezug auf einen Auftrag des AfUK gearbeitet.

Herr Meichsner hält den Bericht an einigen Stellen für unzutreffend, da manche Fragen und Faktoren, z.B. die Auswirkungen der Rezession 2008/2009 auf die Mobilität, unberücksichtigt blieben. Zum Faktor „Luftschadstoffe“ ist er der Auffassung, dass viele Probleme „hausgemacht“ seien. Die hohen Belastungen an der Stapenhorststraße lassen sich seiner Meinung nach durch ständige Baustellen und den damit besonderen Verkehrsbelastungen erklären. Die Umleitungen, Signalanlagen und Baustellen könne man nicht außer acht lassen. Er führt an, dass z.B. in den Hafenstädten Duisburg und Hamburg Schadstoffeinwirkungen von Außerhalb, die z. B. durch Schifffahrtsverkehr verursacht werden, differenziert betrachtet würden.

Er weist darauf hin, dass es derzeit keine Fortschreibung des Flächennutzungsplanes gebe, was er in diesem Zusammenhang für wichtig halte. Für ihn sei es auch wichtig, nachzuvollziehen, wie die Flächenverteilung 1973/1974 ausgesehen habe und welche Veränderungen es seit dem in Bielefeld in Relation zum Land NRW und zu den Nachbarstädten gegeben habe. Es gehe schließlich auch um die wirtschaftliche Konkurrenz der Stadt und Gemeinden untereinander. Der Waldanteil habe sich seit 1973 erhöht, dafür gebe es einen Rückgang an Heideflächen und Grünland. Eine weitere Aufforstung, z. B., in der Senne, sei aber nach Auffassung des LANUV nicht erforderlich.

Im Bericht fehlten Angaben zu Streichungen geplanter Straßenbaumaßnahmen und der damit verbundenen Verringerung des Flächenverbrauchs.

Herr Meichsner hält die Wettbewerbsfähigkeit mit umliegenden Städten und Kreisen für wichtig und wünscht daher Vergleiche mit dem Umland.

Herr Hahn lobt den Bericht, der den Zustand überwiegend treffend wiedergebe. Zur Messstation in der Stapenhorststraße weist er darauf hin, dass auch dort Menschen lebten, die den Schadstoffen ausgesetzt seien. Den Flächenverbrauch hält er für einen zentralen Indikator für die Entwicklung der Umwelt. Trotz abnehmender Bevölkerung werde weiterhin viel gebaut. Seiner Meinung nach sei dieser Zustand nicht weiter tolerabel.

Herr Nettelstroth hält den Bericht für wichtig. Über einige Indikatoren gebe es unterschiedliche politische Auffassungen. So müsse Bielefeld als Oberzentrum für gewerbliche Ansiedlungen attraktiv sein. Trotz abnehmender Bevölkerung steige der Flächenbedarf. Neuansiedlungen sollten weiterhin möglich sein, da Unternehmen ansonsten in Nachbarstädte ausweichen.

Herr von Spiegel weist darauf hin, dass der Waldanteil in Verdichtungsgebieten lt. Landesentwicklungsplan NRW an Hand der Freiflächen be-

rechnet werde. Er wünscht, dass zukünftig diese Berechnungsmethode angewandt werde.

Herr Lufen stimmt der Aussage von Herrn Nettelstroth zu. Er hält die kommunale Naturhaushaltswirtschaft für einen wichtigen Aspekt. Die Wirtschaftsförderung sei in einer Großstadt wie Bielefeld aber ebenso wichtig.

Frau Ritschel erläutert, dass der Bericht den ökologischen Zustand der Stadt an Hand von Indikatoren transparent mache. Es sei erkennbar, dass auch bundesweite Entwicklungen, wie z. B. die wirtschaftliche Rezession, Auswirkungen auf die Kommune hätten. Das Berichtswesen diene als Grundlage für weitere Entscheidungen.

Sei weist darauf hin, dass die Ressourcen, zu denen auch die Flächen gehören, endlich seien. Man solle mit Ressourcen daher vernünftig umgehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10

Sachstand: Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle

Frau Hauptmeier-Knak berichtet zum derzeitigen Sachstand zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle. Die Daten und Fakten stellt sie mit einer PowerPoint-Präsentation* vor.

Herr Lufen hält die Dichtheitsprüfung für einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sei ihm bekannt, dass sich viele Betroffene nicht ausreichend informiert fühlten. Er fragt, wie hoch – nach Schätzungen der Verwaltung – der Anteil der beschädigten Leitungen sei.

Des Weiteren schlägt er vor, die Fristen für die Prüfungen im Wasserschutzgebiet Gadderbaum zu verlängern.

Auf Anfrage von Frau Klemme-Linnenbrügger erläutert Frau Hauptmeier-Knak, dass der Grundwasserspiegel bei intakten Leitungen steigen kann, da derzeit Grundwasser über undichte Kanäle abgeführt werde.

Herr Nettelstroth meint, dass durch Druckprüfungen neue Schäden entstehen können. Er hält es für kritisch, dass viele untersuchende Betriebe gleichzeitig auch Sanierungen anbieten. Bei Hinterliegergrundstücken bzw. gemeinschaftlichem Eigentum an Kanälen gebe es ebenfalls noch ungelöste Probleme.

Er teilt die Einschätzung, einzelne Fristen nochmals zu überdenken. In gefährdeten Gebieten solle mit der Prüfung begonnen werden. Der Umweltbetrieb solle dort, wo er selbst an eigenen Kanälen Untersuchungen durchführt, den Eigentümern ebenfalls eine Untersuchung anbieten.

Herr von Spiegel bittet um Mitteilung, ob die öffentlichen Kanäle zu den gleichen Fristen saniert würden wie private Kanäle.

Herr Hahn teilt mit, dass die öffentlichen Kanäle laufend saniert würden. In der Vergangenheit seien hierfür auch Zuschüsse in Anspruch genom-

men worden. Durch die Sanierung werde auch der Fremdwasseranteil in den Kanälen vermindert, was wiederum zu Kosteneinsparungen führe. Des Weiteren sei es für ihn nicht tolerabel, wenn Abwasser in das Grundwasser gerate. Er verweist auf die Problematik von Krankheiten, die durch verschmutztes Grundwasser entstehen können.

Herr Stiesch erinnert an das Abkochgebot von Trinkwasser in den vergangenen Wochen. Er appelliert an die Grundstückseigentümer, ihrer Verpflichtung zur Dichtheitsprüfung nachzukommen. Er bittet um Mitteilung, ob gemeinsame Prüfungen in Wohngebieten angeboten werden können.

Herr Windhager teilt mit, dass viele Eigentümer Angst vor einer großen Sanierung und den damit verbundenen Investitionen hätten. Er fragt, mit welchen Kosten Eigentümer bei einer Sanierung rechnen müssten.

Frau Ritschel erläutert, dass die Dichtheit von Kanälen bereits vor langer Zeit durch die BauO gefordert wurde. Lt. Schätzung des LANUV sei vermutlich die Hälfte aller Kanäle schadhaft.

Da es bei der Maßnahme um Grundwasserschutz gehe, werde in den Wasserschutzgebieten mit den Prüfungen begonnen. Derzeit würden noch Gespräche auf Landesebene zur Abwicklung laufen. Es sei vorgesehen, Informationsveranstaltungen durchzuführen, da hierfür der Bedarf bestehe.

Frau Hauptmeier-Knak ergänzt, dass die Prüfungen der bestehenden Leitungen, die mit 0,05 bar erfolgen, nicht zu Schäden führen dürften.

Sie weist darauf hin, dass man nach einer erfolgten Prüfung nicht verpflichtet sei, den Prüfbetrieb mit einer Sanierung zu beauftragen. Man könne sich hierfür von mehreren Betrieben Angebote einholen. Der Umfang der Sanierungsarbeiten sei sehr unterschiedlich und hänge von der Art des Schadens und dem Alter der Leitungen ab. Häufig lohne sich auch eine komplette Erneuerung. Die Kosten für die Dichtheitsprüfung lägen bei ca. 300 bis 500 Euro. Die Kosten für eine Sanierung können je nach Art und Umfang sehr unterschiedlich sein.

Als problematisch sehe man auch die sog. „Hinterliegergrundstücke“ und private Kanäle in privaten Straßen.

Durch Gespräche mit der IHK und der Handwerkskammer habe man erkannt, dass auch bei den Firmen ein Informationsbedarf bestehe.

Das städtische Netz sei komplett untersucht worden. Auch hier werde kontinuierlich saniert. Die Fristen richten sich nach der Schadensklasse. Der UWB halte sich hierbei an die gesetzlichen Vorgaben.

Die Fristen bei der Sanierung privater Kanäle hängen von der Art des Schadens ab. Hier gebe es Spielräume von bis zu zwei Jahren.

Frau Ritschel weist darauf hin, dass die Hauseigentümer nach einer Prüfung für 20 Jahre Ruhe hätten. Bei der Untersuchung des öffentlichen Kanalnetzes seien die Fristen kürzer.

Auf die Frage von Herrn Lufen, ob die Frist, die derzeit in Gadderbaum gelte, rechtlich betrachtet um einige Monate verlängert werden könne, antwortet Herr Wörmann mit Ja. Frau Ritschel ergänzt, dass die Satzung mit den entsprechenden Fristen durch den Ausschuss beschlossen worden sei. Wenn eine Änderung der Satzung zu diesem Punkt gewünscht sei, solle ein entsprechendes Signal aus der Politik kommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Die vorgestellte PowerPoint-Präsentation des Umweltbetriebes ist als Anlage 4 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 11

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1801/2009-2014

Herr Wörmann berichtet zur Vorlage.

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Betrieb der Bodendeponie Talbrückenstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1861/2009-2014

Herr Wörmann teilt mit, dass bereits am vergangenen Donnerstag in der Sitzung der BV Heepen zu diesem Thema vorgetragen wurde. Die Beratungen seien konstruktiv gewesen.

Auch sei die gesamtstädtische Bedeutung des Projektes Uni-Campus und Bodendeponie deutlich geworden. In ungefähr einem halben Jahr seien die Bodenarbeiten auf der Baustelle an der Langen Lage beendet. Bis Ende 2012 bleibe die Bodendeponie in Betrieb

Herr Stiesch fragt nach dem in der Presse genannten Fragenkatalog der Bezirksregierung Detmold. Des Weiteren bittet er um Mitteilung, ob es witterungsbedingte Probleme bei der Verfüllung und ob es vermehrte Staus durch wartende LKW in Schildesche gebe.

Herr Nolte berichtet, dass er sich die Deponie selbst angeschaut habe. Zur Verkehrssituation teilt er mit, dass die Straße zwar durch Kehrmaschinen gereinigt werde; diese würden aber den Schlamm in den Bach schieben. Unter der Eisenbahnbrücke habe sich während seiner Anwesenheit ein Stau von 12 wartenden Fahrzeugen gebildet.

Herr Lufen teilt mit, dass er viele Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern erhalten habe. So sei ihm mitgeteilt worden, dass der Boden vom Campus auch zu weiteren Deponien gebracht werde.

Herr Wörmann antwortet, dass die Vorwürfe im Rahmen der Strafanzeige gegen das Umweltamt nicht haltbar gewesen seien. Die Bürgerinitiative habe sich zusätzlich an die Bezirksregierung gewandt und dort ähnlich unbegründete Vorwürfe und Fragen vorgetragen, die nun beantwortet werden.

Der Boden der Baustelle am Campus werde ausschließlich zur Deponie an der Talbrückenstraße gebracht.

Derzeit seien die Wetterverhältnisse schwierig. Der angelieferte Boden sei sehr wasserhaltig. Planierfahrzeuge seien stecken geblieben, so dass der Transport eingestellt werden musste, was zu einem Fahrzeugstau geführt habe.

Eine Verschmutzung der Fahrbahn sei nicht auszuschließen. Entscheidend sei die Verkehrssicherheit, die regelmäßig überprüft werde. Er bedankt sich bei Herrn Nolte für die Meldung der Verschmutzung des Baches durch die Kehmaschine und sagt zu, dem nachzugehen.

Auf die Frage von Herrn Lufen, mit welcher Taktung das Reinigungsfahrzeug unterwegs sei, antwortet Herr Nolte, dass es in der einen Stunde, die er vor Ort gewesen sei, zwei Reinigungsfahrten gegeben habe.

Herr Wörmann weist darauf hin, dass der Zustand der Talbrückenstraße bei seinen Kontrollfahrten besser gewesen sei als rund um die Baustelle „Campus“.

Herr Nettelstroth spricht erneut den Einsatz einer Reifenwaschanlage an.

Herr Wörmann berichtet, dass er sich die Reifenwaschanlage auf dem Campus angesehen habe. Er sei von dem Nutzen nicht überzeugt und auch der dortige Bauleiter sei mit dem Ergebnis bisher nicht zufrieden. Er werde die Sache weiter im Auge behalten und das Geld für eine solche Anlage nicht leichtfertig ausgeben.

Herr Nolte fragt, ob es sich für die Zukunft ausschließen lasse, dass es auf der Deponie zu Erdbeben kommt.

Herr Wörmann teilt hierzu mit, dass die Dämme der Schlammfelder sehr stabil seien. Zum Teil wurde auch Kalk zugesetzt. Ein Drainagesystem auf der Deponie trage ebenfalls zur Stabilität bei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13

Straßenbaumaßnahme Südfeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1868/2009-2014

Herr Hahn beantragt die Behandlung des Punktes als 1. Lesung, da für ihn noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Stiesch bittet um Mitteilung, wer die geplante Baumaßnahme veranlasst habe. Ihm sei es wichtig, dass die Straße keine Durchgangsstraße werde.

Herr Lufen fragt, ob die geplante Sanierung in der BV Jöllenbeck behandelt worden sei und welchen Beschluss es hierzu gegeben habe.

Herr Wörmann teilt hierzu mit, dass die Angelegenheit im Landschaftsbeirat behandelt worden sei, da die Baumaßnahme im Naturschutzgebiet liege. Die Verwaltung sei überrascht, dass der Landschaftsbeirat der Sanierung nicht zugestimmt habe. Da das Umweltamt keine Bedenken ha-

be, sei nun eine Entscheidung des AfUK erforderlich.
Eine funktionierende Schranke sei gleichwohl entscheidend. Dies müsse das Amt für Verkehr zusichern.

Frau Ritschel ergänzt, dass die Vorlage nicht in der BV Jöllenbeck behandelt worden sei.

Herr Martin erläutert, dass es aus seiner Sicht für die Straße keine andere Lösung gebe. Bei einer Gesamtlänge von 1300 m seien ca. 1000 m der Straße asphaltiert. Die noch verbleibenden ca. 250 m seien in der Vergangenheit auch mit Asphalt gebunden gewesen. Daher handele es sich für ihn um eine Maßnahme der Straßeninstandhaltung. Derzeit sei der Abschnitt grobkörnig geschottert und habe eine Gefällstrecke von 12 %. Der Schotter werde witterungsbedingt regelmäßig ausgewaschen, so dass der Umweltbetrieb für erforderliche Ausbesserungen einen jährlichen Aufwand in Höhe von 3.000 bis 4.000 Euro habe. Die Straße sei für die Landwirtschaft sehr wichtig und müsse auch für Radfahrer sicher sein. Im derzeitigen Zustand sei die Sicherheit für Radfahrer aber nicht mehr gegeben.

Frau Wahl-Schwentker fragt, wie hoch die Kosten der Unterhaltung der Schranke seien.

Herr Hahn hält Schranken für nicht ausreichend. Er erinnert in diesem Zusammenhang an nicht funktionierende Schranken im Stadtgebiet. Da der Weg keine verkehrstechnische Bedeutung habe, müsse ein Kompromiss gefunden werden. Es meint, dass die Straße zu einem Schleichweg werde, wenn die Schranke nicht hält.

Er verweist darauf, dass es im Stadtgebiet auf Grund der vielen Winterschäden an Straßen derzeit einen hohen Instandhaltungsbedarf gebe, der wichtiger sei, als der Ausbau dieses Weges.

Herr Nettelstroth bemerkt, dass es bei der Sanierung auch um die Verkehrssicherheit der Straße gehe. Er spricht sich dafür aus, die Maßnahme schnell umzusetzen, um die Unterhaltungskosten zu senken.

Auf die Frage von Herrn von Spiegel nach der Anzahl der Benutzer der Straße, teilt Herr Martin mit, dass nicht mehr als drei oder vier Personen einen Schlüssel für die Schranke hätten. Er räumt ein, dass Schranken immer eine Schwachstelle seien. Man könne aber auch über Alternativen nachdenken.

Sodann lässt der Vorsitzende Herr Dr. van Norden über den Vorschlag von Herr Hahn abstimmen. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Angelegenheit wird heute in erster Lesung beraten.

- mit Mehrheit beschlossen –